

Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugpreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einjährlich 18,00 RM. monatlich 1,50 RM. Postbezug monatlich 2,00 RM. einjährlich 18,00 RM. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühren). Kreuzabhebungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Pf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 10spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Pf., Stellungs- und Privat-Familienanzeigen 6 Pf., die 10 mm breite mm-Zeile im Tegeteil 1,20 RM. Nachtrag nach Maßstab I oder Mengensatz B. Briefgebühren für Briefanzeigen 30 Pf. ausf. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

Postanschrift: Dresden-N. 1. Postfach 4. Fernruf: Dreiviertel Sammelnnummer 24001. Fernverträge 27981-27983. Telegr.: Benes Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriaplatz 4a; Fernruf: Kurkurs 9361-9366. Postfach: Dresden 2000 - Nichterlangte Einsendungen ohne Rücksicht werden weder juristisch noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entpfundenen Betrages

Nr. 244 Freitag, 18. Oktober 1935 43. Jahrgang

Aufruf an das evangelische Kirchenvolk

Ein großer Schritt zum Kirchenfrieden - Ablehnende Antwort Englands an Frankreich - Feier im Haus des deutschen Handwerks

Erneuerung der Kirche

„Ruf zum Gehorsam des Glaubens und zur Tat der Liebe“

Diplomatisches Ringen

Um die Hölle Frankreichs für Englands Flotte im Mittelmeer

X Berlin, 17. Oktober. (Durch Funkpruch)

Der Reichskirchenauschuss und der Landeskirchenauschuss für die evangelische Kirche der Württembergischen Union erlassen folgenden Aufruf:

Auf Grund des Beschlusses zur Sicherung der Deutschen evangelischen Kirche vom 24. September 1935 und der Ersten Durchführungsvorordnung vom 2. Oktober 1935 hat der Herr Reichs- und württembergische Minister für die kirchlichen Angelegenheiten und in den Reichskirchenauschuss bzw. in den Landeskirchenauschuss für die evangelische Kirche der Württembergischen Union berufen. Wir haben damit durch staatlichen Auftrag als Männer der Kirche die Vertretung und Vertretung der Deutschen evangelischen Kirche und der evangelischen Kirche der Württembergischen Union übernommen. Wir wollen uns als Treuhänder für eine Lebensaufgabe, an deren Ende eine in sich geordnete selbständige Deutsche evangelische Kirche stehen soll.

Die unantastbare Grundlage der Deutschen evangelischen Kirche ist das Evangelium vom Jesus Christus, wie es uns in der Heiligen Schrift bekannt und in den Bekenntnissen der Reformation neu ans Licht getreten ist. (Verfassung der Deutschen evangelischen Kirche Artikel 1). Alle Arbeit der Kirche, auch ihre Theologie und ihre Verwaltung, müssen der Verkündigung dieses Evangeliums dienen. Aus dieser Glaubensgebundenheit erwachsen und bitten wir die evangelischen Gemeinden, in Hürdt, Treue und Gehorsam an Volk, Reich und Führer zu stehen. Wir bejahen die nationalsozialistische

Volksgemeinschaft auf der Grundlage von Rasse, Blut und Boden. Wir bejahen den Willen zur Freiheit, nationaler Würde und sozialistischer Opferbereitschaft bis zur Lebenshingabe für die Volksgemeinschaft. Wir erkennen an die uns von Gott gegebene Wirklichkeit unseres deutschen Volkes.

Diesem deutschen Volke hat die Kirche die Botschaft von Jesus Christus zu verkünden, dem Vertrauens- und Ankersteine, unserm Herrn, dem Heiland und Erlöser aller Völker und Völkchen.

So rufen wir alle lebendigen Kräfte im evangelischen Deutschland zum Gehorsam des Glaubens und zur Tat der Liebe. Vor allem liegt uns in der gegenwärtigen Stunde daran, die im Kampf der letzten Jahre deutlich gewordenen unaufhebbarsten Kräfte zu verstehen und die aufgetragenen Kräfte zu politischem Einsatz zu führen. Nur auf diese Weise können die zerstörenden Folgen des Kirchenkrieges überwunden werden. Nur so kann ein neues Vertrauen im evangelischen Deutschland und darüber hinaus in der ganzen Christenheit wachsen und wird die Kirche der Reformation dem deutschen Volke auch in den religiösen Auseinandersetzungen unserer Tage den schuldigen Dienst leisten können.

Spannungen sind unausbleiblich. Sie müssen in Würde, Geduld und Barmherzigkeit ausgeglichen werden. Das gilt für uns und unsere Gegner. So geben wir uns Best. Wir stehen unter dem Ernst einer schweren Verantwortung, sind aber getrost in der Gewissheit, daß Gott seine Kirche erneuern kann.

Paval hat in den letzten Tagen eifrig mit dem italienischen und dem englischen Botschafter verhandelt, und in diesen Verhandlungen soll es nach Pariser Berichten teilweise sehr lebhaft ausgefallen sein. Man hat auf allen Seiten sehr deutlich gesprochen. Das Paval im einzelnen vorgeschlagen hat, ist unbekannt. Offizielle Äußerungen fehlen völlig, und man betont in Paris nur, daß die gegenseitigen Berichte über die angeblichen sechs Punkte des Pavalischen Vermittlungsverfahrens völlig falsch seien. Der französische Ministerpräsident habe nur ganz im allgemeinen freundschaftliche Anregungen nach London und Rom gegeben. Nichts scheint zu sein, daß Wollfitt durch seinen Pariser Botschafter mitteilen ließ, er müsse es ablehnen, unter dem Druck der Kanonen der britischen Flotte zu verhandeln.

Als aber Paval bei England anfragte, die englische Flotte aus dem Mittelmeer zurückzuziehen, bekam er, wie unsicher vorauszuweisen war, eine völlig ablehnende Antwort. Der britische Botschafter hat sehr energisch sein Nein erklärt und feierlich eine ganze Reihe von Bedingungen gestellt, deren Erfüllung jedem Abzug der britischen Botschaftermaßnahmen voraussetzen müßte. Anzusehen dieser Lage sind die Friedensausichten im Ausmaß nicht mehr.

Die Spannung hat sich die französische-englische Spannungen weiterhin verschärft. England bemüht sich nach Kräften, Frankreich zu einer klaren Entscheidung zu zwingen. Immer wieder wird in London die Frage gestellt: Wird Frankreich, falls es zu einem italienisch-englischen Zwischenfall im Mittelmeer kommen sollte, der englischen Flotte die Unterstützung gewähren, die im Artikel 16 der Völkerbundsatzung vorgesehen ist. Dieser Artikel 16 verpflichtet die Völkerbundstaaten, sich bei der Durchführung einer Sanktionsmaßnahme in jeder Hinsicht nach Kräften zu unterstützen. Paval hat es bisher verstanden, einer klaren Antwort freizugehen. Er hat erklärt, Frankreich erkenne selbstverständlich den Artikel 16

an. Es werde deshalb der englischen Flotte, wenn sie bei der Durchführung einer Sanktionsmaßnahme anwesend sein sollte, die gleiche Behandlung angedeihen lassen, aber nicht, falls der Zwischenfall sich lediglich im Mittelmeer ereigne. Eine solche Antwort kann die Engländer selbstverständlich in keiner Weise befriedigen. So bleibt die Situation weiterhin unklar, um so mehr als England seinerseits wiederum nicht gewillt ist, die französische Forderung auf befriedigende Zusicherungen über sein Verhalten in zukünftigen Konflikten schon jetzt bindend festzulegen.

Unterdessen hat auch die Sitzung der Wirtschaftsausschüsse der Sanktionskonferenz einen ausführlichen Plan zum Vortritt der Gesamtausfuhr Italiens vorgelegt. Nach den Wiener Berichten haben Dänemark, Holland, Belgien, Sowjetrußland und Rumänien hinter diesem Vorhaben, Spanien und die Schweiz machen Vorbehalte. Der Vertreter Venezuelas lehnte eine Beteiligung an dieser Maßnahme ab. Im übrigen ist man geteilt wiederum nicht weitergekommen. Es wird von Tag zu Tag deutlicher, welche Schwierigkeiten der Durchführung von Wirtschaftssanktionen entgegenstehen. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand wiederum die Frage der Entschädigung von Ländern, deren Handel mit Italien ganz besonders leiden würde. Man hat verschiedene Vorschläge gemacht, u. a. auch den Gedanken einer Entschädigungskasse, ohne daß man zu einem Ergebnis gekommen ist.

Die Geister Verhandlungen sind aber, so bedeutsam sie auch sein mögen, minder wichtig. Entscheidend ist zur Zeit allein das diplomatische Ringen zwischen Frankreich und England um die zukünftige europäische Kontinentalpolitik. Und von dem Ausgang dieses Ringens wird die weitere Entwicklung des absehbaren Konflikts abhängen.

„Die Ordnung hat begonnen“

Minister Kerr erläutert die Kircheneinigung

Bericht unserer Berliner Schriftleitung

F. Berlin, 17. Oktober

Der Reichs- und württembergische Minister für kirchlichen Angelegenheiten Kerr hat den Aufruf des Reichskirchenauschusses am Donnerstagmorgen einem Kreis von Pressevertretern vorgelesen und dabei über die Bedeutung dieses Schrittes und seine Arbeit im allgemeinen gesprochen. Der Minister erklärte dabei u. a., daß das Gesetz und die erste Verordnung, die von ihm erlassen wurde, gezeigt hätten, wie er an die kirchlichen Dinge herangehen wollte. Es könne nicht in Frage kommen, daß der Staat in diese Fragen eingreife. Für den nationalsozialistischen Staat gelte der Grundsatz des Artikels 24 des Parteiprogramms, nach dem

„Volk und Staat auf dem Boden des positiven Christentums sich bewegen, sich aber in keiner Weise an irgendeine Konfession binden.“

Positives Christentum habe mit praktischer Tat zu tun, nicht aber mit Konfessionen. Auch die Bewegungen, die sich in den letzten Jahren im kirchlichen Leben zeigten, seien durch einander und nicht durch Partei und Staat entstanden. Minister Kerr bezeichnete die Zeit der Verwirrung als notwendig. Es sei selbstverständlich, daß der ungeheure Umbruch, den wir erleben und der die gesamte Welterschütterung die wir erleben, auch an kirchlichen Angelegenheiten über die Form des Glaubens führen mußte.

„Unsere Zeit sei so hart religiös wie kaum eine Zeit vorher.“

Es sei auch Unfug, wenn man die Deutsche Glaubensbewegung eine Gottesdienstbewegung nenne. Der Nationalsozialismus habe mit dem Kommunismus auch das Gottentum bestritten. Bei der Deutschen Glaubensbewegung handele es sich um einen reinen Glauben, der zum Durchbruch ringe. Der Minister hob hervor, der Grundgedanke, daß der Staat nicht in innerkirchliche und konfessionelle Angelegenheiten eingreifen könne, habe auch sein Verhalten, das des Ministers für kirchliche Angelegenheiten, bestimmt. In der evangelischen Kirche kämpften zwei Gruppen gegeneinander. Die Gefahr einer Auflösung der gesamten kirchlichen Ordnung habe bestanden. Daher sei es Pflicht

eingetreten und dafür zu sorgen, daß die Kirche in sich gesichert werde.

Da der Minister aber in die Auseinandersetzungen selbst nicht eingreifen wollte, hat er gewissermaßen unter der Feder des Kampfes zwischen den beiden Gruppen nach Kräften gesucht, denen er die Leitung der innerkirchlichen Angelegenheiten übertragen konnte. Er habe auch deshalb vor der Öffentlichkeit nichts von seiner Arbeit bekannt werden lassen, da er Tag für Tag damit beschäftigt war, die Männer der Kirche fernzuhalten. Die Auswahl wurde so sorgfältig wie möglich vorbereitet. Es galt, Männer zu berufen, die von einem tiefen innerlichen Willen gepackt waren und die das Beste für ihre Kirche und ihr Volk leisten wollten. Minister Kerr legte auf die Feststellung Wert, daß er die Mitglieder der beiden Ausschüsse nicht zu irgend etwas „ernannt“ habe. Die Arbeit habe nur Zweck, wenn die Männer

„eine gemeinsame, innerlich einheitsliche Linie finden, auf der sie hoffen, die evangelische Kirche lenken und leiten zu können zum Segen der Kirche und zum Segen des deutschen Volkes.“

In diesem Sinne hat der Minister auch den Männern seines Vertrauens ihre Aufgabe nahegebracht. Nach zweitägigen gemeinsamen Beratungen haben die Mitglieder der Ausschüsse am Freitag eine Erklärung überreicht, die sie in voller Einmütigkeit angenommen hatten. Der Minister betonte von neuem, daß ihn diese Erklärung beglücke habe. Am Mittwoch traten die Ausschüsse wiederum zusammen, um

mit den praktischen Beratungen zu beginnen

und die innerkirchlichen Angelegenheiten zu ordnen. Da ihre erste gemeinsame Erklärung für den Minister und für den Führer bestimmt war, haben sie jetzt den Aufruf an das Kirchenvolk geschrieben, der den wesentlichen Inhalt ihrer ersten Erklärung der kirchlichen Allgemeinheit übermitteln soll. Minister Kerr bemerkte zu dem Aufruf: Der offenbar hat eine

in Württemberg befindliche Kirche.

Ich bin überzeugt, daß die überaus Mehrheit der gesamten Volksgemeinschaft sich diesem Aufruf willig anschließen wird. Ich bin noch mehr überzeugt, daß das

Aufgeregte Pariser Stimmen

Telegramm unres. Korrespondenten

II. Paris, 17. Oktober

Dies besagt man sich bitterlich über gewisse „Presseindirektionen“. Man zieht sich auf höchste Entrüstung über die Meldungen von Berlin im „Echo de Paris“ und im „Daily Telegraph“ über die angeblichen sechs Punkte der Vermittlungsaktion Paval, (vergl. die gegenseitigen Berichte in den D. N. R. Die Schriftleitung). Es handelt sich hier, so betont man am Quai d'Oran, um eine böswillige Verdrehung der Wahrheit. Deshalb erzieht der Quai d'Oran durch den „Temps“ und über Saurewein im „Paris Soir“ ein ziemlich kategorisches Demüt. Niemand habe Paval daran gedacht, von sich aus irgendwelche greifbaren Vorschläge zu machen.

Die ersten Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London

bestehen fort und haben sich noch gesteigert. Der Hauptstreit geht zur Zeit um die Frage, ob Frankreich bereit ist, England im Mittelmeer aus militärisch zu unterstützen, wenn es zu einem italienisch-englischen Zwischenfall kommen sollte, und für diesen Zweck die Häfen von Toulon und Bizerta (Nordafrika) zur Verfügung zu stellen. Paval hat nach den Berichten der Pariser Presse geantwortet, daß Frankreich sich zwar „ausdrücklich“ an den Artikel 16 des Völkerbundespaktes gebunden erachtet, der die Völkerbundstaaten, die eine Sanktionsmaßnahme durchzuführen, zu gegenseitiger Unterstützung verpflichtet, daß aber die englische Flottenmobilmachung im

gesamte Kirchenvolk trotz noch diesem Aufruf Handelns wird. Und auf das Volk kommt es an. Das Kirchenvolk ist in Unruhe gewesen. Es wird aber jetzt wieder in absolute Innere Ruhe kommen und an seine Pflichten den Maßstab anlegen können, der anzulegen ist. Es komme nicht darauf an, so führt der Minister fort, daß der Pfarrer reden könne, er müsse auch tun, was er rede. Er müsse

„Täter des Wortes sein.“

Das Volk habe nicht das geringste Verständnis für dogmatische Streitigkeiten. Die Kirchenauschüsse, die nunmehr die Ordnung der kirchlichen Angelegen-

Mittelmeer vor den Sanktionsbeschlüssen des Völkerbundes erfolgt sei, also nicht unter diesen Artikel 16 falle, daß Frankreich vor dieser Mobilmachung nicht gefragt worden sei und daß es also

„Die Folgen dieser Handlungsweise nicht auf sich nehmen könne“.

Tiefe Darstellungen wird sowohl vom offiziellen „Welt Parisien“ als von der „Deuxième“ mit aller Deutlichkeit wiedergegeben. „Man sieht heute an einem entscheidenden Wendepunkt der englisch-französischen Beziehungen“, meint der „Welt Parisien“. Und das oppositionelle „Echo de Paris“ fügt hinzu, wenn jetzt Paval nicht endlich seine „doppelte Politik“, einmal Völkerbundstreue in Wort und einmal vermittlungsähnlich in Paris, aufhebe, müsse es zu einem Bruch zwischen Frankreich und England kommen. Es liegt auf der Hand, erklärt auch das „Journal“, daß Frankreich nicht mehr ohne Schwierigkeiten die Unabhängigkeit der französischen Politik gegen England aufrechterhalten könne, wie dies ja auch nicht ohne Schwierigkeiten gegenüber Rußland gelungen sei. Würde sich aber Frankreich mit England überworfen, sagt das „Echo de Paris“ hinzu,

„dann sei die Isolierung Frankreichs vollendet;“

denn England habe in der absehbaren Krise „wie ein Wagner“ nicht nur alle Verbündeten Frankreichs, die Kleine Entente, den Balkanbund, Rußland und selbst Belgien, sondern darüber hinaus auch Deutschland an sich gezogen.

(Siehe auch die Meldungen auf Seite 8)

Seiten in die Hand genommen hätten, zeigten mit dem Aufruf, daß sie auf dem richtigen Wege seien und die Ordnung schon begonnen hätten. Der Minister werde weiter an seinem Grundgedanken festhalten, sich niemals in innerkirchliche Angelegenheiten einzumischen. Er arbeite aber im Vertrauen mit den Männern, die er in die beiden Ausschüsse berufen habe, weil beide, er und sie, das selbe wollten. Der Weg sei nun geebnet, auf dem zu einem alle befriedigenden Ziele vorwärtsgeführt werden kann.

(Ein Bericht über die am Mittwoch gebaltene Rede Kerrs findet sich auf Seite 2)